Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 5

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wechsel auf die oberste Spitze, wird kein neues Verfahrenskonzept gutgeheissen und folgt nicht ein ganzes System wirksamer Kontrollen und institutioneller Garantien, dann kann leicht der Fall eintreten, dass die neue Ordnung in alte Geleise und in eine Sackgasse gerät. Es ist Sache der Gesellschaftspolitik der Bewegung selbst oder der gesamten von diesem Wechsel betroffenen Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass nicht nur auf dem gleichen Schachbrett die Figuren anders gestellt werden, sondern dass ein neues Spiel beginnen kann. Je stärker die demokratischen Traditionen eines Landes und je grösser die Zahl der aktiven Glieder einer Gesellschaft, die nicht blosse Objekte der Geschichte sein, sondern eine mitbestimmende Rolle spielen wollen, desto geringer die Gefahr, dass anstelle von einschneidenden Veränderungen des gesamten Konzeptes nur Schönheitsoperationen vorgenommen werden. Die 120 Jahre alte Geschichte des Sozialismus ist reich genug an Ideen und Beispielen, um zu verhindern, dass bei diesen Veränderungen nur die Oberfläche berührt wird.»

Weg mit der Verfassungslüge!, sagt Genosse Minister

Huebl wurde wenig später in der gleichen Zeitschrift von Gustav Husak sekundiert (siehe KB Nr. 3, Seite 5), und anfangs Februar forderte dann bereits ein Minister und ZK-Mitglied, Josef Smrkovsky, dass eine klare Trennungslinie zwischen den Kompetenzen der Partei, der Verwaltung und der Interessengruppen gezogen werde. Die Regierung müsse volle Verantwortung für die Regelung der Staatsangelegenheiten haben, in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien der Parteikongresse (die in der Regel alle vier Jahre stattfinden). Die Partei müsse aufhören, sich in die Aktivitäten der Regierung einzumischen, einer Behörde, die verfassungsgemäss der Nationalversammlung verantwortlich sei. Wenn das Parlament mit der Arbeit der Regierung oder einzelner Minister nicht einverstanden sei, bestehe kein Grund, von einer Vertrauensabstimmung abzusehen.

Nun sieht die geltende Verfassung wohl vor, dass die Nationalversammlung die höchste Staatsgewalt innehat, gleichzeitig aber auch, dass die Kommunistische Partei die führende Kraft des Staates darstellt. Und die geltenden Parteistatuten bestimmen ausdrücklich, dass die Partei die Tätigkeit der Nationalversammlung «leitet und kontrolliert».

Smrkovsky berührte diese Schwierigkeiten mit der Bemerkung, falls die Verfassung in diesen Punkten unklar sei, müsse sie eben entsprechend geändert werden.

Ex-Dogmatiker redet Fraktur

Die direkteste Formulierung aber dürfte Jaroslav Sabata gefunden haben, ein Dozent an der Universität Brno/Brünn, der bis 1965 als ausgesprochener Dogmatiker gegolten hatte. In einem Radio-Interview sagte er:

«Das Regieren ist Sache der Regierung. Eine Partei hat nicht zu regieren, auch dann nicht, wenn sie die Kommunistische Partei ist. Die Kommunistische Partei ist die herrschende Partei, oder kann es sein, aber nicht die Regierung. Die Partei ist mit den Behörden und Institutionen nicht identisch, welche regieren oder regieren sollten. Auch vertritt die Partei nicht alle Bürger. Wenn wir sagen, dass sie führt oder den Anspruch erhebt (!), die führende Kraft zu sein, folgt daraus noch keineswegs, dass sie automatisch alle Staatsbürger vertritt ... Die Staatsbürger werden durch ihre Vertretungsorgane vertreten.»

Das ist das Feld der Diskussionen in der Tschechoslowakei. *cb*

Briefe

Afrikanische Reminiszenzen

(Zu KB, Nr. 4)

In meinem Afrika-Artikel hat sich durch Uebersetzung eine sinnverändernde Stelle ergeben: «In Südafrika mögen die Chancen einer Evolution vorbehalten sein; in Rhodesien sehe ich keine solche Chance». Tatsächlich aber ging es mir darum, folgenden Unterschied klarzumachen: In Südafrika haben die Weissen eine Chance, ihre weisse Lebensart in die Zukunft hinüberzuretten (u.a. weil sie relativ zahlreich sind). In Rhodesien aber haben sie diese Aussicht kaum, denn Rhodesien muss schon auf Grund seines zahlenmässigen Bevölkerungsverhältnisses schliesslich ein völlig schwarzafrikanisches Land werden.

Ian Tickle

Er (Ian Tickle) möge sich doch einmal überlegen, was wir Schweizer tun würden, wenn wir die 3 Millionen Weissen in Südafrika wären gegenüber 11 Millionen Schwarzen. Wir, die wir unsere Schweizer Kultur schon bedroht fühlen durch 15 Prozent Gastarbeiter, die doch auf einem zehnmal höheren Niveau stehen als die Schwarzen. Von solch neutralem Standpunkt aus muss man berichten, wenn der Bericht einen Wert haben soll. *Sch*

Von einem neutralen Standpunkt aus, scheint mir, müsste der Vergleich ein bisschen andersherum gezogen werden. Was würden wir Schweizer sagen, wenn uns 15 Prozent Gastarbeiter in Reservate einweisen wollten, wie das die Weissen in Südafrika mit der afrikanischen Bevölkerung getan haben? Red. KB (cb)

Der Buchtip

(Fortsetzung von Seite 5)

bereits bei den Gegensätzen, die zwischen den Einzelbauern und den Kooperativen entstanden. Es stellte sich nämlich heraus, dass die Einzelbauern — meistens sogenannte Mittelbauern — wesentlich rentabler wirtschafteten als die Genossenschaften, was natürlich deren Ruf nicht zuträglich war».

Neben diesen zwei Eckpfeilern der chinesischen Wirtschaft behandelt Grossmann auch alle Arten des Verkehrswesens, den Aussenhandel, die Finanzwirtschaft und die verschiedenen Entwicklungsprobleme des Landes. Ein besonderer Teil ist den Volkskommunen und deren Bedeutung sowie den Beziehungen zu der Sowjetunion gewidmet. Im allgemeinen ist dieses Werk eine wichtige Informationsquelle für alle jene, die sich für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Chinas interessieren. In dieser Beziehung sind die genauen Quellenangaben und die 58 statistischen Tabellen von grosser Bedeutung. *E.S.*

Annexionen auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes

(KB, Nr. 4, «Das Schicksal der baltischen Staaten»)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat vor einiger Zeit erklärt, dass sie den Münchner Vertrag über die Zerstückelung der Tschechoslowakei für richtig halte.

Es wäre an der Zeit, dass sowohl Moskau als auch Bonn gemeinsam erklären würden, dass sie das Zustandekommen der beiden Geheimabkommen, durch die das sozialistische Russland und das nationalsozialistische Deutschland den osteuropäischen Raum im Stile der imperialistischen Staaten des 19. Jahrhunderts in «Einflussspähren» unter sich aufteilten, bedauerten und die Abkommen für null und nichtig erklärten.

Der Bonner Regierung kann nicht vorgeworfen werden, dass sie von den erwähnten Geheimabkommen noch heute profitiere. Dagegen beharrt Moskau nach wie vor auf allen Annexionen, zu denen ihm der Hitler-Stalin-Pakt verhalf. *A.G.*

Der Kommentar

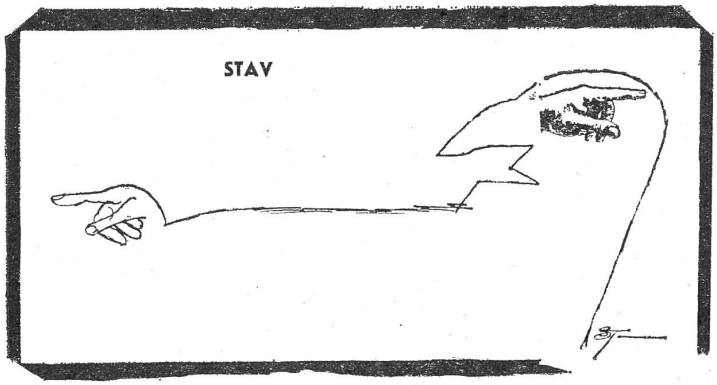
Die Aburteilung einer Gruppe prosowjetischer Parteifeinde in Havanna (siehe letzte Nummer unsere Auszüge aus dem Bericht Raul Castros) ist schon mehr als eine blosse Trübung des sowjetisch-kubanischen Verhältnisses. Dieses war schon früher durch ein abwechslungsreiches Auf und Ab gekennzeichnet gewesen, das jedenfalls keine geruhsame Harmonie aufkommen liess. Aber seit zwei Jahren hat es sich nur verschlechtert, und der jetzige Tiefpunkt steht in einer Linie mit aufeinanderfolgenden Indizien, welche die castristischen Revolutionsbestrebungen der sowjetischen Grossmachtpolitik gegenüberstellten.

Wenn Kuba der UdSSR ihren Handel mit den lateinamerikanischen Oligarchien und ihre Beziehungen mit den USA vorwirft, wenn es die prosowjetischen KPs in Venezuela und anderswo beschuldigt, die Sache der Revolution zu verraten, so ist das schon gewichtig. Wenn es darüberhinaus kubanische Bürger für Kontakte mit sowjetischen Vertretern bestraft, ist die Solidarität zwischen den beiden Nationen nicht nur in der Theorie der besten Art von Revolution auf die Probe gestellt, sondern auch in der Praxis des alltäglichen Zusammenlebens.

Kuba bleibt auf die sowjetische Wirtschaft angewiesen, und die UdSSR kann es sich politisch nicht leisten, ein so beglaubigtes revolutionäres Regime fallen zu lassen. Dieses «Gleichgewicht» rettet die zwischenstaatlichen Beziehungen. Aber in Moskau hätte man immer mehr Grund, den Tag zu fürchten, an dem die ganze Welt «sozialistisch» geworden sein wird. *gg*

Aktuelle Gespräche

Zum theoretischen und praktischen Pluralismus in Jugoslawien



Haltung! («Oslobodenje», Sarajevo)

Aktuelles Gespräch: «Also, so geht das nicht. Warum trittst du ihm gegenüber so rücksichtsvoll auf, wo er doch gar keine ideologische Abweichung vertritt?» («Vjesnik u Srijedu», Zagreb)

Die Partei verkündet nämlich jetzt den Pluralismus der Meinungen und die Einheit nur noch in der Aktion.

Einheit über alles: «Ich bin sehr glücklich, dass wir alle zu einer Einigung Genosse! Einer wenigstens muss doch arbeiten.» («Vjesnik u Srijedu»)

Aktuelle Gespräche. Arbeiter: «Ich denke ...» Direktor: «Jetzt reicht es aber, Genosse! Einer wenigstens muss doch arbeiten.» (Vjesnik u Srijedu»)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.